

Mitteilungen der DKP Leipzig

Mai 2013

Arbeitszeit verkürzen!

**Forderung der DKP: 30-Stunden-Woche
und ein neues Normalarbeitsverhältnis**



Mit einer radikalen Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich können Massenarbeitslosigkeit und soziale Verelendung großer Teile der Bevölkerung aktiv beendet und verhindert werden. Diese kann nicht allein Sache von Tarifpolitik sein, sondern muss auch Gegenstand eines gesellschaftlichen Kampfes um gesetzliche (Arbeitszeitgesetz) und tarifvertragliche Regelungen werden. Die Überzeugung der Menschen in Betrieben, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, für dieses Ziel zu kämpfen, ist die Voraussetzung für einen Erfolg. Sein Erreichen bedeutet:

- Die Schaffung von bis zu 6 Millionen neuer, derzeit fehlender Arbeitsplätze wird ebenso befördert wie der Erhalt bestehender Arbeitsverhältnisse gesichert.
- Damit kann ein neues Normalarbeitsverhältnis mit 30 Stunden an höchstens 5 Tagen definiert werden, von dem der Beschäftigte auch leben kann.
- Ein bedeutender Schritt hin zur Gleichstellung sowohl der Geschlechter als auch der Generationen im Arbeitsprozess wird vollzogen.
- Den massenhaft ansteigenden frühzeitigen Erkrankungen aufgrund der Anforderungen im Arbeitsleben, auch dem vorzeitigen Ausscheiden durch Erwerbsunfähigkeit kann damit entgegengewirkt werden. Die Frühverrentungen mit erheblichen Abschlägen, mit drohender Altersarmut müssen verhindert werden.
- Die als Druckmittel missbrauchte industrielle Reservearmee wird erheblich verkleinert und damit der Druck auf Arbeitende und ihre Gewerkschaften reduziert, ihre Ausgangslage für weitere Kämpfe verbessert.
- Mehr Zeit zum Mensch sein! Den arbeitenden Menschen wird wieder zeitlicher Freiraum für Familie und Erholung, kulturelles Leben wie auch gewerkschaftliches und politisches Engagement geschaffen werden.
- Jungen Menschen wird damit eine Berufs- und Lebensperspektive möglich, die sie nicht auf Phasen kurzfristiger Beschäftigung in Form von Praktika, Leiharbeit oder in Zeitverträgen fesselt. Leben muss lebenswert sein für alle!
- Demografische Entwicklung und Facharbeitermangel bleiben Heißluftargumente des Kapitals, weil Hunderttausenden junger Menschen eine qualifizierte berufliche Bildung seit Jahrzehnten vorenthalten wird. Hunderttausende könnten mit kürzerer (Voll-)Arbeitszeit dem Spa-

gat zwischen beruflicher Tätigkeit und häuslicher Erziehungs- und Pflegearbeit beikommen.

- Menschen, die nach einem Arbeitsleben den Ruhestand ohne Armut verbringen wollen, dürfen ihn nicht erst ab 67 Jahren (oder gar noch später) genießen können. Lebensarbeitszeitkonten, wie von einigen Gewerkschaften gefordert bzw. schon in Teilen praktiziert, sind nicht nur keine Alternative zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit, sondern eine Arbeitszeitverlängerung in jungen Jahren oder in Zeiten erhöhten Arbeitsanfalls.

- Dem Missbrauch von Leih- und Zeitarbeit sowie von Werkverträgen als besondere Form der Erpressung von Arbeitnehmern durch das Kapital wird sukzessive der Boden entzogen. Durchsetzung und Kontrolle der Umsetzung ist mit einer im Vergleich zu heute erweiterten Mitbestimmung der Beschäftigten und ihrer Betriebsräte und Personalräte zu sichern. Im Betrieb kann Personalausgleich beurteilt und Leistungsverdichtung verhindert werden.

Der Reichtum unseres Landes, der ungeheurer angehäufte Reichtum der 10 Prozent "Ober"schicht, die steigende Produktivität und die Gewinne der Unternehmen erlauben den Schritt zur Arbeitszeitverkürzung auf die 30-Stunden-Woche. Deshalb ist es Zeit für:

- eine 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Denn das Erreichen einer 35-Stunden-Woche kann nur ein Zwischenschritt sein;
- ein Renteneintrittsalter von 60 Jahren;
- 6 Wochen gesetzlich garantierten Mindesturlaub;
- eine gesetzliche Beschränkung der Höchstarbeitszeit von 8 Stunden am Tag und 40 Stunden wöchentlich im Arbeitszeitgesetz in einer 5-Tage-Woche und bei Erhalt des freien Wochenendes, keine Ausweitung der Wochenendarbeit;
- Einschränkung und langfristiges Verbot von Leih- und Zeitarbeit sowie 1-Euro-Jobs, dem Missbrauch von Werkverträgen und ähnlichem mehr. Sofort gleicher Lohn für gleiche Arbeit;
- einen gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn von mindestens 10 Euro pro Stunde.

Auf dem 20. Parteitag der DKP am 02. und 03. März 2013 in Mörfelden angenommen.